

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nicht öffentlichen Sitzung des **Gemeinderats am 22.04.2010** wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadt Schwetzingen baut einen Städteaustausch mit der Stadt Fredericksburg/Virginia/USA auf. Ziel ist die Etablierung einer dauerhaften Städtepartnerschaft.
Eine entsprechende Vereinbarung wurde anlässlich eines Besuchs einer Delegation beim Spargelfest 2010 unterzeichnet.

In der **Sitzung des Technischen Ausschusses am 06.05.2010** wurden Themen behandelt, die Gegenstand der heutigen Gemeinderatssitzung sind.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

Ein Bürger aus dem Zuschauerraum, namentlich nicht bekannt, berichtet über die Verhältnisse in der Berliner Straße im Zusammenhang mit dem laufenden Schienenersatzverkehr und den baustellenbedingten Engpässen. Er möchte wissen, ob dies der Stadt bekannt sei und ob das noch länger so gehe. Der Vorsitzende räumt ein, dass bekannt sei, dass die Verhältnisse dort zeitweise zu Problemen führen können. Die vorhandenen Überschneidungen ließen sich aber tatsächlich nicht besser lösen. Dies gelte aber nur noch für einen kurzen, begrenzten Zeitraum.

**TOP 3 **Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen
(Verwaltungsgebührensatzung) mit Verwaltungsgebührenverzeichnis
Vorlage: 846/2010****

Sitzungsverlauf:

Oberbürgermeister Dr. Pörtl erläutert den Vorschlag der Verwaltung. Hintergrund seien nicht Erhöhungen, sondern Ergänzungen aufgrund neuer Tatbestände, beispielsweise im Waffenrecht oder im Baurecht.

Auf Nachfrage von Stadtrat Imhof, ob es im Zusammenhang mit den Kontrollen nach dem neuen Waffenrecht personelle Erhöhungen gegeben habe, sagt der Vorsitzende, dass man, wie bereits im Ausschuss dargestellt, einen ehemaligen Polizisten als 400-Euro-Kraft gewinnen konnte, der in Begleitung eines Verwaltungsmitarbeiters die Kontrollen durchführe.

Stadtrat Nerz möchte wissen, ob es auch unangemeldete Kontrollen gebe. Ordnungsamtsleiter Transier sagt, dass man die Betroffenen jetzt angeschrieben habe. Zunächst werde kontrolliert, wer auf die Anschreiben nicht reagiert habe.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aktualisierung der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen (Verwaltungsgebührensatzung)“ mit dem dazugehörigen Verwaltungsgebührenverzeichnis.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 4 Erweiterung der Begegnungsstätte Hebelstraße 6 durch die AWO Ortsverein Schwetzingen
Vorlage: 840/2010**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert die Grundlagen der beiderseitigen Vereinbarung. Insgesamt handele es sich um eine Situation, bei der beide Seiten profitierten. Die Stadt müsse kein Geld für die Immobilie in die Hand nehmen, und der Verein könne mit einer längeren Mietdauer planen.

Stadtrat Dr. Förster stellt heraus, dass dies die AWO verdient habe, da sie sich in den letzten Jahrzehnten auch im Vereinsleben Schwetzingens positiv hervorgetan habe.

Stadtrat Müller schlägt vor, auch die dortigen Häuserfronten zu sanieren, was eine echte Bereicherung für diesen Bereich wäre (Stellungnahme s. Anlage).

Beschluss:

Die Stadt Schwetzingen als Grundstückseigentümerin genehmigt die Modernisierungsmaßnahmen der AWO Ortsverein Schwetzingen am Gebäude Hebelstraße 6 und schließt eine Modernisierungsvereinbarung mit der AWO Ortsverein Schwetzingen ab, die dem bereits bestehenden Mietvertrag angefügt wird.

Die Laufzeit des bestehenden Mietvertrags wird auf 15 Jahre festgeschrieben.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 5 Gebührenanpassung außerschulisches Betreuungsangebot Vorlage: 845/2010

Sitzungsverlauf:

In seiner Einführung macht der Vorsitzende deutlich, dass man die heute beratenen Anpassungen bereits in die Haushaltsplanung 2010 eingebaut habe. Alle am Ratstisch seien sich sicher einig, dass Schwetzingen eine familienfreundliche Stadt sei und auch bleiben wolle. Man tue viel dafür, um auch für alle Lebenslagen der Menschen in Schwetzingen da zu sein. Demnächst müsse man auch noch etwas im Kinderbereich tun, da im Gegensatz zum allgemeinen Trend hier in Schwetzingen positive Zahlen zu verzeichnen seien. Beim außerschulischen Betreuungsangebot sei es jetzt an der Zeit, turnusmäßig die Gebühren anzupassen. Man habe die Zeit in den letzten Jahren genutzt, um viele Verbesserungen zu erzielen. Dafür brauche man aber auch ein angemessenes Entgelt. Auch unter Einrechnung der Erhöhung werde hier für die Gebühr wirklich viel geboten. Schwetzingen befinde sich damit auch im Mittelfeld vergleichbarer Städte und Gemeinden. Wer den Beitrag nicht aufbringen könne, habe die Möglichkeit, von staatlichen Stellen einen Zuschuss zu erhalten. Deutlich stellt der Vorsitzende heraus, dass Geld nicht der einzige entscheidende Faktor für Kinderfreundlichkeit in Deutschland sei. Dies werde daran deutlich, dass man bundesweit einen Rückgang an Geburten zu verzeichnen habe, obwohl Geld gezahlt werde wie nie zuvor. Auch im Hinblick auf die städtische Finanzlage sei die Gebührenanpassung geboten, da man allgemein mehr Geld ausbebe als einnehme. Insgesamt unterbreite man heute einen gerechten Vorschlag, der ohnehin noch nicht die Kosten decke.

Die Stellungnahme von Stadtrat Imhof, CDU, ist als Anlage beigefügt. Er stellt den Antrag auf Vertagung der Angelegenheit.

Stadtrat Dr. Grimm hält trotz teilweise einleuchtenden Argumenten aus der Vorrede die Erhöhung der Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt grundsätzlich für das falsche Signal. Als Mittelzentrum müsse man ohnehin immer etwas besser sein als die anderen Gemeinden, wenn man als attraktiv gelten wolle. Auch an anderer Stelle sei man bei den Ausgaben oft nie so kritisch.

Die Stellungnahme von Stadtrat Dr. Manske, SPD, ist ebenfalls als Anlage beigefügt. Darin fordert er eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Stadtrat Back kündigt eine uneinheitliche Abstimmung seitens der Freien Wähler an. Er verweist darauf, dass viele Familien und Alleinerziehende auf die Angebote angewiesen seien, um Kind und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Für die Zukunft wünschten sich die Freien Wähler eine Beitragsstaffelung analog dem Badischen Kindergartenmodell. Auch der Familienpass sollte berücksichtigt werden. Durchaus sehe man natürlich auch die finanzielle Situation der Stadt (Stellungnahme s. Anlage).

Stadträtin Maier-Kuhn lehnt die vorgeschlagene Erhöhung ab, da sie ihres Erachtens nicht sozial verträglich sei und die Gewichtung falsch setze. Angesichts von Kosten in Höhe von 60 bis 70 TEUR für kostenfreies Parken am Samstag könne man im Gegenzug nicht an dieser Stelle einsparen. Sie sei der Meinung, dass die Angebote kostenfrei angeboten werden sollten. Insgesamt werde erkennbar, dass Bund und Land sich bei dem Thema an den Gemeinden schadlos hielten.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 19.05.2010

Stadtrat Nerz fragt sich, warum die Stadt 8 Jahre lang nichts getan habe. Er könne sich aktuell nur für eine moderate Erhöhung aussprechen und sei unter diesem Aspekt ebenfalls dafür, die Angelegenheit zu vertagen. Der Vorsitzende sagt dazu, dass die Erhöhung erst jetzt komme, weil der Deckungsgrad auch erst aktuell gesunken sei. Der vorgeschlagenen Gebührenstaffel erteilt er eine klare Absage, da der Verwaltungsaufwand hier mindestens eine zusätzliche halbe Stelle in der Verwaltung verschlinge. Dies sei nicht vertretbar.

Nachdem Einigkeit hergestellt war, dass der Antrag der CDU auf Vertagung der Angelegenheit abgestimmt werden solle, wird dieser mit 12 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen und 4 Ablehnungen angenommen.

Beschluss:

Die Entscheidung über eine Gebührenanpassung für das außerschulische Betreuungsangebot wird vertagt.

Ja 12 Nein 4 Enthaltung 7 Befangen 0

**TOP 6 Neueinteilung der Stadtgebiete - Gebietsänderung
Vorlage: 850/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Neuordnung des Stadtgebiets in die Stadtteile

- 1 – Kernstadt
- 2 – Oststadt
- 3 – Südstadt
- 4 – Schälzig
- 5 – Kleines Feld
- 6 – Nordstadt
- 7 – Hirschacker

Kenntnis.

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Erweiterung des Sanierungsgebietes "Herzogstraße/Schlossplatz"
Vorlage: 848/2010**

Sitzungsverlauf:

Die Stadträte Menges und Bellstedt verlassen wegen vorliegender Befangenheit den Ratstisch.

Der Vorsitzende gibt allgemeine Informationen zu dem Bauvorhaben ehemaliges Hotel Löwe. Das neue Gebäude werde in der Wahrnehmung von der Straße sich sehr nahe am Vorgängergebäude orientieren. Der Sanierungszuschuss sei Voraussetzung für die Verwirklichung des Vorhabens. Es sei unbedingt auch im Sinne der Stadt, dass sich an dieser Stelle etwas tue.

Stadtrat Imhof sagt, dass die CDU Wert darauf lege, dass es nach dem Abbruch keine weiteren Komplementärmittel seitens der Stadt gebe. Dies wird vom Vorsitzenden so bestätigt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Satzung zur ersten Erweiterung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Herzogstraße / Schlossplatz“ um das Grundstück Flst.Nr. 231, Schloßstraße 4, gemäß anliegendem Entwurf.

Ja 19 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 2

**TOP 8 Bebauungsplan Nr. 76 "Maximilianstraße, Berliner Straße, Antonisstraße, Karlstraße" und Satzung über die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan Nr. 76 etc.
Vorlage: 847/2010**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag des Vorsitzenden.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt,

- den Abwägungsvorschlägen der Verwaltung zu den während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs und der Satzung über Örtliche Bauvorschriften eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen zuzustimmen

und stellt fest,

- dass die Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß den Abwägungsvorschlägen in den vorliegenden Bebauungsplanentwurf vom 19. Mai 2010 und in die Satzung über Örtliche Bauvorschriften vom 19. Mai 2010 eingearbeitet wurden.
- den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 76 „Maximilianstraße, Berliner Straße, Antonisstraße, Karlstraße“ in der Fassung vom 19. Mai 2010 als Satzung nach § 10 BauGB i. V. m. § 4 GO zu beschließen und ihm die Begründung vom 19. Mai 2010 beizugeben.
- den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan Nr. 76 „Maximilianstraße, Berliner Straße, Antonisstraße, Karlstraße“ in der Fassung vom 19. Mai 2010 als Satzung nach § 74 LBO i. V. m. § 4 GO zu beschließen und ihnen die Begründung vom 19. Mai 2010 beizugeben.

Gesetzliche Grundlagen:

1. Baugesetzbuch (**BauGB**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.7.2009 (BGBl. I S.2585)
2. Baunutzungsverordnung (**BauNVO**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
3. Planzeichenverordnung (**PlanzV**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)
4. Landesbauordnung für Baden-Württemberg (**LBO**) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. November 2009 (GBl. I, Nr. 19, S. 615) und Artikel 9 des Gesetzes vom 17. Dezember 2009 (GBl. Nr. 23, S. 809) in Kraft getreten am 1. März 2010
5. Gemeindeordnung für das Land Baden-Württemberg (**GemO**) in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, ber. 698), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.05.2009 (GBl. S. 185) m. W. v. 01.01.2009 (rückwirkend) bzw. 09.05.2009

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Rebmann bezieht sich auf die verzögerte Pflanzung der Bäume in der Schützenstraße. Der Vorsitzende sagt, dass hier entsprechender Ersatz bereits in Vorbereitung sei und bald komme.

Stadträtin Maier-Kuhn berichtet, dass sie in der Mannheimer Straße zwei Rattenköder entdeckt habe und bittet, diese künftig doch so anzubringen, dass sie insbesondere auch für Kinder nicht erreichbar seien.

